

**Inhalt:**

	<u>Seite</u>
Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 16.03.2021	2 – 4
Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 Allgemeinverfügung der Stadt Xanten vom 03.03.2021	4 – 10

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen:

Bürgermeister der Stadt Xanten, Karthaus 2, 46509 Xanten, Tel. 02801/772-232

Erscheinungsweise: nach Bedarf

Bezug: Einzelbezug ist kostenlos bei Abholung im Rathaus der Stadt Xanten, Karthaus 2, Zimmer 107 (während der üblichen Dienststunden) und bei mehreren Auslagestellen im Stadtgebiet möglich.

Postversand von Einzelexemplaren auf Anforderung gegen 1,55 € in Briefmarken für Versandkosten,

Jahresabonnement 92 € jährlich (Versandkosten).

Das Amtsblatt steht im Internet unter der Adresse www.xanten.de zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Auslagestellen: Xanten: Rathaus, Bürgerservicebüro, Karthaus 2; Birten: Bäckerei Jürgen Brammen, Zur Wassermühle 2; Lüttingen: Bäckerei Dams, Salmstr. 15; Marienbaum: Sparkasse am Niederrhein, Kalkarer Str. 72; Obermörnter: ehem. Pfarrheim/Jugendheim, Am Kirchend 136 (Box am Eingang); Vynen: Friseursalon haarscharf, Hauptstraße 6; Wardt: Infocenter der Freizeitzentrum Xanten GmbH, Am Meerend 2

Hauptausschuss

Achtung:
**Sitzung in der Mensa des
Städtischen Stiftsgymnasiums.**

**Die Sitzung beginnt mit dem
nichtöffentlichen Teil.**

EINLADUNG

zur Sitzung des Hauptausschusses
am Dienstag, 16.03.2021, 17:00 Uhr
im Saal der Mensa des Städtischen Stiftsgymnasiums Xanten, Poststr. 14, 46509 Xanten.

Der Rat der Stadt Xanten hat mit Beschluss vom 26.01.2021 gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW seine Entscheidungsbefugnis auf den Hauptausschuss delegiert, solange nach § 11 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite festgestellt ist.

Tagesordnung

Nichtöffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2020
4. Berichterstattung gemäß § 1 Absatz 5 der Geschäftsordnung über gefasste Beschlüsse (St 20/91)
Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2020, nichtöffentlicher Teil
5. Feststellung von Ausschließungsgründen wegen Befangenheit
6. Vergabe von Aufträgen
- 6.1 Auftragsvergabe Lernmittel - Schuljahr 2021/2022 (St 20/83)
7. Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 20 "Solarpark Xanten" (St 20/80)
8. Verlängerung einer Bauverpflichtung für ein Gewerbegrundstück und eines Letter of Intent (St 20/87)
9. Fortführung des Carsharing-Projektes mit Elektrofahrzeugen für die Verwaltung sowie die Bürgerschaft (St 20/70)

10. Anfragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, soweit sie in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sind
11. Mitteilungen des Bürgermeisters gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, soweit sie in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sind
12. Fragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, soweit sie in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sind

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung des öffentlichen Teils
2. Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2020
3. Berichterstattung gemäß § 1 Absatz 5 der Geschäftsordnung über gefasste Beschlüsse (St 20/90)
Sitzung des Hauptausschusses am 08.12.2020, öffentlicher Teil
4. Forderungsverzicht im Zusammenhang mit der Coronakrise - Beiträge für die Betreuung an Schulen (OGS + 8-1) (St 20/100)
hier: Fassung und Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
5. 121. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarpark Xanten“ (St 20/79)
hier: Abwägung und Feststellungsbeschluss
6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 - "Solarpark Xanten" (St 20/81)
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
7. Antrag auf Plangenehmigung gemäß § 68 Abs. 2 WHG für die geplante Abgrabung "Lüttinger Feld Erweiterung" in Xanten, (St 20/77)
hier: Änderung der Brückenplanung und der Rekultivierung
8. Vorgezogener Beschluss über Baumaßnahmen an städtischen Immobilien (St 20/86)
- Fassaden- und Fenstererneuerung Grundschule Lüttingen;
- Hallenbadsanierung (Ab- und Umläufe; Beckenumgang)
9. Ausbau des Heeser Weges (St 20/93)
hier: Erweiterung der Maßnahme; Mehrkosten
10. Aufhebung des öffentlich-rechtlichen Vertrages über Gestellung des Personals für den Rettungsdienst der Rettungswache Xanten zwischen Kreis Wesel und der Stadt Xanten (St 20/84)
11. Entwicklung der Willi Fähmann Gesamtschule Xanten (St 20/76)
Änderung der Schulträgerschaft - Auflösung des Schulverbandes/Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
12. Neubesetzung von Ausschüssen (St 20/89)
13. Ausbildung bei der Stadt Xanten in den kommenden Jahren (St 20/88)
14. Anfragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, soweit sie in öffentlicher Sitzung zu behandeln sind
15. Mitteilungen des Bürgermeisters gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, soweit sie in öffentlicher Sitzung zu behandeln sind

16. Fragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, soweit sie in öffentlicher Sitzung zu behandeln sind

Xanten, 22.02.2021

gez.:
Thomas Görtz
Bürgermeister

Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2

Allgemeinverfügung der Stadt Xanten vom 03.03.2021

gem. §§ 16, 28 Abs. 1 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 19.05.2020 (BGBl. I S. 1018) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler und landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW) vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 3 Abs. 2 a Ziffer 8 der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 – (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) vom 03.03.2021.

Die Stadt Xanten ist nach den im Betreff genannten Rechtsvorschriften zuständige Behörde und verfügt folgende Anordnungen:

I.

1. Mund-Nase-Bedeckung im öffentlichen Raum

In folgenden Bereichen ist eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, die mindestens den Anforderungen gemäß des § 3 Abs. 1 CoronaSchVO entsprechen (eine textile Mund-Nasen-Bedeckung z. B. Alltagsmaske, OP-Maske, FFP2-Maske). Die genannten Bezirke sind durch fette schwarze Umrandungen gekennzeichnet und gelten für zu Fuß gehende sowie andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer (z.B. Fahrradfahrer, Rollstuhlfahrer, E-Scooterfahrer, Skateboardfahrer etc.).

- Bezirk „Fußgängerzone“ (s. Anlage 1) täglich von 8.00 Uhr bis 22.00 Uhr
 - Markt
 - Kurfürstenstraße
 - Marsstraße ab Fildersteg in Richtung Markt
- Bezirk „Städtische Friedhöfe“ bei Beerdigungen
 - Xanten am Holzweg

- Birten an der Römerstraße
 - Vynen an der Hauptstraße
 - Obermörmter an der Straße Kirchend
- Bezirk „Hafenpromenade Xanten“ (s. Anlage 2) freitags 12.00 Uhr bis 22.00 Uhr, samstags 8.00 Uhr bis 22.00 Uhr und sonntags 8.00 Uhr bis 22.00 Uhr

Die Anlagen sind Bestandteil dieser Verfügung.

Die Pflicht zum Tragen der Mund-Nase-Bedeckung gilt nicht für Kinder bis zum Schuleintritt und Personen, die aus medizinischen Gründen keine Mund-Nase-Bedeckung tragen können; die medizinischen Gründe sind durch ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen, welches auf Verlangen vorzuzeigen ist.

2. Vollziehbarkeit und Bekanntgabe

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar nach § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG. Die Anfechtungsklage hat keine aufschiebende Wirkung. Diese Allgemeinverfügung wird gemäß § 41 Absätze 3 und 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Nordrhein-Westfalen öffentlich bekannt gemacht und gilt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

3. Geltungsdauer

Mit Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung wird die Allgemeinverfügung der Stadt Xanten vom 23.02.2021 aufgehoben.

Diese Allgemeinverfügung gilt ab sofort bis zum 31.03.2021 und tritt nur außer Kraft, wenn der Inzidenzwert des Landkreises Wesel von 35/100.000 länger als zwei Wochen unterschritten wird.

II.

Sachverhalt

Nach der Veröffentlichung des Landeszentrums Gesundheit NRW auf seiner Internetseite (Stand am 2. März 2021) liegt die sog. Sieben-Tages-Inzidenz des neuartigen Coronavirus bezogen auf den Kreis Wesel derzeit bei mehr als 50,9 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Das Ansteckungsgeschehen im Stadtgebiet und in Nordrhein-Westfalen insgesamt ist unspezifisch und von unklaren Ansteckungswegen geprägt.

Begründung:

Ziel dieser Anordnung ist es, die Verbreitung des Coronavirus (SARS-CoV-2) einzudämmen. Bei einer Coronavirus-Infektion handelt es sich um eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Mit Blick auf die derzeitige Infektionswelle durch das neuartige SARS-CoV-2-Virus in Deutschland wird durch das Robert-Koch-Institut eine Gefährdungslage in Bezug auf

die Verbreitung des Virus angenommen. Um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung der Erkrankten, aber auch sonstige Krankheitsfälle bereitzuhalten und die erforderliche Zeit für die Entwicklung bislang nicht vorhandener Therapeutika und Impfstoffe zu gewinnen, ist es notwendig, den Eintritt von weiteren SARS-CoV-2-Infektionen zu verzögern. Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Nr. 1 IfSG. Das Virus wird von Mensch zu Mensch übertragen. Hauptübertragungsweg ist die Tröpfcheninfektion. Dies kann direkt von Mensch zu Mensch über die Schleimhäute der Atemwege geschehen oder auch indirekt über Hände, die dann mit Mund- oder Nasenschleimhaut sowie der Augenbindehaut in Kontakt gebracht werden.

Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 hat sich im Jahr 2020 in kurzer Zeit weltweit verbreitet. In Deutschland, Nordrhein-Westfalen und auch im Landkreis Wesel sind weiterhin Infektionszahlen auf einem konstant hohen Niveau zu verzeichnen.

Die Stadt Xanten ist nach §§ 16 Abs. 1 Satz 1, 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 2 IfSBG-NRW zuständige Behörde. Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Die 7-Tage-Inzidenz für das Kreisgebiet Wesel von 50,9 bezeugt weiterhin, dass es erforderlich ist, weitere Maßnahmen zur Beeinflussung der Ausbreitungsdynamik zu ergreifen. Besonders sind aufgrund der immer stärkeren Verbreitung der Mutationen des Covid-19-Virus (B.1.1.7/Britische Variante und B.1.351/Südafrikanische Variante) Infektionsketten zu unterbrechen.

Das Risiko einer Ansteckung mit dem SARS-CoV-2 erhöht sich bei engem Kontakt ohne Einhaltung von Mindestabständen und ohne das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen, sodass die Gefahr besteht, dass sich die Infektionen in der Bevölkerung ungehindert weiterverbreiten.

Die Anordnung zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung im öffentlichen Raum ist erforderlich, da die Beobachtungen gezeigt haben, dass an den genannten Örtlichkeiten der Mindestabstand von 1,5 Metern oftmals nicht eingehalten wurde oder werden konnte. Dies liegt vornehmlich an der Zahl und Dichte der dort gleichzeitig anwesenden Personen.

Die zeitliche Begrenzung, indem das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zwingend notwendig ist, trägt einem nachgewiesenen erhöhten Publikumsverkehr in den genannten Bereichen Rechnung. Dies gilt in besonderem Maße für die Bereiche „Fußgängerzone“ und „Hafen“.

Nach den Feststellungen des Ordnungsamtes kommt es in den genannten Bereichen aufgrund des Personenaufkommens in erheblicher Zahl dazu, dass Menschen untereinander den Mindestabstand von 1,50 m nicht einhalten. Zudem enthalten die Bereiche aus Anlage 1 und 2 verschiedene Örtlichkeiten, die aufgrund ihrer besonderen Lage von Xantenerinnen und Xantenern sowie auswärtigen Besucherinnen und Besuchern im Rahmen ihrer

Freizeitgestaltung aufgesucht werden. Angesichts entfallener Alternativen zur Freizeitgestaltung nimmt die Attraktivität dieser Bereiche aktuell zu.

Bei der Festlegung der Uhrzeiten wurden diese jeweiligen örtlichen Besonderheiten berücksichtigt.

Gleichzeitig kann nicht sichergestellt werden, dass der Publikumsverkehr homogen „geregelt“ ist, d. h. die Personen sich nicht in unterschiedlichen Richtungen bewegen. Die sog. Maskenpflicht ist erforderlich, da gerade in den benannten Bereichen der Mindestabstand oft nicht eingehalten wird/werden kann und die Besucherströme in der Regel heterogen sind.

Die vorstehend getroffenen Anordnungen dienen zum einen dem effektiven Infektionsschutz und insbesondere dem Zweck, eine Ausbreitung des SARS-CoV-2 zeitlich und räumlich zu verlangsamen. Nach der Einschätzung des Robert-Koch-Institutes sind zur Bewältigung der aktuellen Weiterverbreitung des COVID-19 Virus „massive Anstrengungen auf allen Ebenen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes erforderlich“. Es wird das Ziel verfolgt, die Infektionen in Deutschland so früh wie möglich zu erkennen und die weitere Ausbreitung des Virus so weit wie möglich zu verzögern.

Die Anordnungen sind geeignet, der Verbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken. Sie sind auch erforderlich, da ansonsten eine nicht mehr beherrschbare Verbreitung des Erregers droht. Die Schutzmaßnahmen stehen zudem durch ihre geringe Intensität in einem angemessenen Verhältnis zu dem Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen, der grundsätzlich gemäß § 28 Abs. 1 Satz 3 IfSG gerechtfertigt ist.

Meine Auswahl der getroffenen Maßnahme folgt der dynamischen Entwicklung. Nur durch die angeordneten Maßnahmen kann die derzeit anhaltende Geschwindigkeit der Ausbreitung des Virus zum Wohle des Gesundheitssystems und aller Bürger verringert werden.

Mit den angeordneten Maßnahmen kann Leben und Gesundheit der Bevölkerung unter Berücksichtigung notwendiger anderer Belange geschützt werden. Diese Maßnahmen sind somit insgesamt verhältnismäßig.

Im Rahmen des in § 28 Abs. 1 IfSG eingeräumten und pflichtgemäß ausgeübten Ermessens erweist sich die vorstehend getroffene Regelung auch als gerechtfertigt.

Die Geltungsdauer der Allgemeinverfügung wird auf den 31.03.2021 befristet, tritt jedoch erst außer Kraft, wenn der Inzidenzwert des Landkreises Wesel von 35/100.000 länger als zwei Wochen unterschritten wird.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen dynamischen Entwicklung wird die Stadt Xanten die Gesamtkonstellation fortlaufend im Blick behalten und bei einer sich ergebenden Notwendigkeit der Modifikation zeitnah mit einer Anpassung oder Aufhebung dieser Allgemeinverfügung reagieren.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 73 Abs. 1a) Nr. 6 IfSG ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Ziffer 1 dieser Verfügung keine Mund-Nasen-Bedeckung

trägt, die mindestens den Anforderungen einer textilen Mund-Nase-Bedeckung entspricht (z.B. Alltagsmaske, OP-Maske, FFP2-Maske). Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden.

Gem. § 74 Alternative 1 IfSG wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer die in § 73 Abs. 1a) Nummer 6 IfSG bezeichnete vorsätzliche Handlung begeht und dadurch eine in § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 genannte Krankheit (Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) unter Buchstabe t) benannt), verbreitet.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht, Bastionstr. 39, 40213 Düsseldorf, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten oder der Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle zu erheben. Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollen ihr zwei Abschriften beigelegt werden. Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (ElektronischerRechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803).

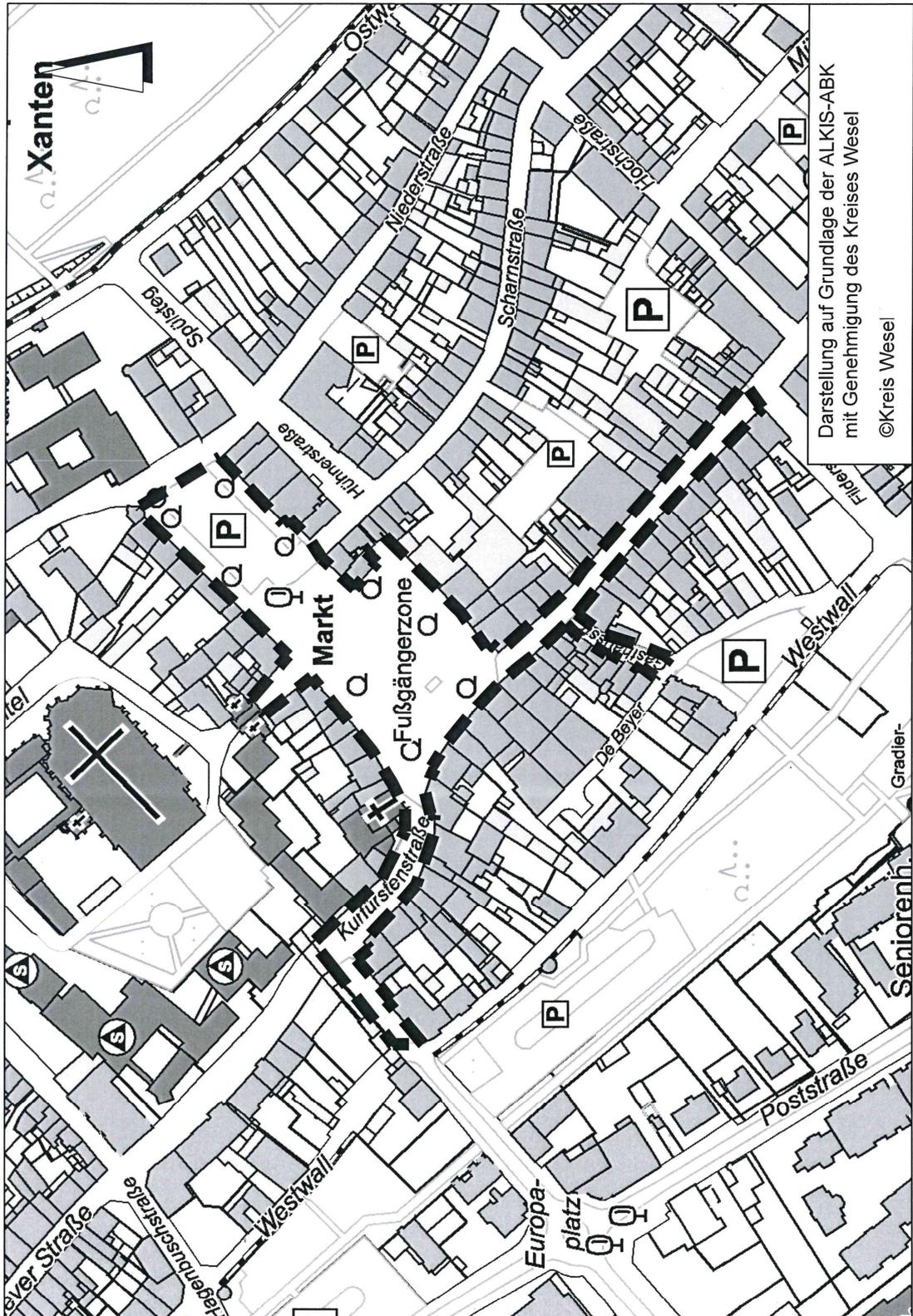
Hinweis zum Klageverfahren:

- Informationen zur Klageerhebung in elektronischer Form und zum elektronischen Rechtsverkehr finden Sie im Internet unter www.justiz.de.

Xanten, 03.03.2021

gez.:
Thomas Görtz
Bürgermeister

Anlage 1 zur Allgemeinverfügung vom 03.03.2021



Anlage 2 zur Allgemeinverfügung vom 03.03.2021

